

# inter helpo

## Hartzlichen Glückwunsch, liebe Arbeitslose!

Ab dem 3. Januar 2005 werden viele von Ihnen wieder gebraucht, einige sogar ZWINGEND. Schließlich ist ein Leben ohne volkswirtschaftlich gebraucht zu werden menschlich gesehen fast noch entwürdigender als ein Leben ohne Wasser und Brot, oder eins im Abschiebeknast. So jedenfalls die ungeteilte Expertenmeinung quer durch alle fest auf dem Boden des Grundgesetzes (Sie erinnern sich: Art.1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ etc.) wankenden Parteien. Folglich schauten sich der Kanzler und seine große Koalition von der Industrie ein aktuell erfolgreiches Konzept ab: „Mehr Arbeit für weniger Geld“, dazu kommt noch ein Schuss des im goldenen Frühkapitalismus bewährten Prinzips „Ohne Arbeit gar kein Geld“. Die Bezahlung schließlich ist im Abschiebeknast schon seit zehn Jahren erprobt: 1 Euro plus x Cents. Natürlich ohne Arbeitnehmerstatus und entsprechende Rechte, denn sonst wär es ja sittenwidriges Lohndumping (Im Grunde bringt Hartz IV also wenig Neues). Manche muss mensch eben zu ihrer Würde zwingen. Also wozu noch um Zahnersatz, Mitbe-

stimmungsrechte, unbezahlte Überstunden, Steuern oder gar das Zuwanderungsgesetz streiten? Schließlich brauchen wir alle unsere Kräfte zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die allein machen glücklich, und dazu muss das Volk fest an der Seite seiner Arbeit- und Gesetzgeber stehen. Apropos Volk: Die an- und abschwelenden Proteste und Parolen dieses Herbstes erinnern uns wieder mal daran, dass wir seit dem offiziellen Ende des System- und Klassenkampfes und gar der Geschichte wieder ein solches sind. Dafür sind wir heute nicht mehr Teil einer weltweiten (ArbeiterInnen-) Bewegung wie es damals, als es noch so richtig rund ging, selbst mal die SPD behauptete, sondern vor allem des nationalen Standorts. Auch um solche schleichenden Verschiebungen des Bewusstseins geht es in den gegenwärtig in Politik und Medien ausgefochtenen ideologischen Kämpfen und in dieser Schwerpunktausgabe der INTERHELPO. Erquickliches Lesen wünscht die

FAU Münster

Interhelpo  
Hartzlichen Glückwunsch.....01

Hartz IV  
Wie die Medien uns den Sozialabbau verkaufen.....02

Von der „Normalisierung der Armut“  
Vor dem Hartz-Gesetz sind alle Menschen gleich.....03

Hartz IV und Flüchtlingspolitik  
Am Montag ging die Arbeit aus.....04

Am 3.1.2005 Arbeitsagenturen dichtmachen!  
ALG II-Anträge verzögern.....06

Vor dem 6.12. läuft gar nichts!  
Wir sind... Klasse .....06

...denn das Volk wollen wir nicht sein.  
In Kürze  
Comic .....08

Termine .....08

Stalinist verlängert Amtszeit .....08  
Der Weissrussische Despot Wladimir Lukaschenko drückte Referendum durch

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

# Wie die Medien uns den Sozialabbau verkaufen

## Von der „Normalisierung der Armut“

Kennt noch jemand „Florida-Rolf“? Florida-Rolf war der Sommerlochstopfer des Jahres 2003, hervorgezaubert von der „BILD“. Ein Arbeitsloser deutscher Staatsbürgerschaft, der sein Geld vom Sozialamt bekam und in Miami lebte und lebt. Das Vorbild eines Schmarotzers und Faulenzers, wie es schien, bis ausnahmsweise mal der „Stern“ jenen Rolf besuchte und die Lebensumstände dieses Mannes beschrieb.

Zu dem Zeitpunkt war das Kind aber schon in den Brunnen gefallen: Die Politik reagierte auf die Berichterstattung der „BILD“ und die Gesetzgebung, nach der „deutsche“ Sozialhilfe ins „Ausland“ gezahlt wurde, schleunigst geändert. Dabei hatten sich jene, die dieses Gesetz formuliert haben, ausnahmsweise mal was dabei gedacht: Die wenigen Prozent derjenigen, die Sozialhilfe in andere Staaten überwiesen bekamen, waren hauptsächlich ZwangsarbeiterInnen des Dritten Reiches.

Spätestens mit Schröders Verlautbarung über die „Mitnehmer“-Mentalität hierzulande finden wir ein weiteres Element in dieser Umschreibung der „sozialen Gerechtigkeit“, über die ausnahmsweise mal laut geschrien wird.

„Florida-Rolf“ ist ein Extrembeispiel für den Einfluß der Medien auf die Gesetzgebung, Schröders Interview in „Der gute Rat“ zeigt, wie andersum Themen der Politik zum Medienthema werden. Ganz ohne irgendwelche geheimnisvollen Ränkeschmiedereien geht hier jedoch was Alltägliches vor sich, nämlich die Normalisierung der Armut im Denken der Bevölkerung.

Kaum noch jemand mag sich daran erinnern, dass es mal einen Konsens der „Vollbeschäftigung“ gab. Arbeitslosigkeit in der BRD? – Unwahrscheinlich.

Massenarbeitslosigkeit wurde in der Presse irgendwann zum normalen Phänomen, über das sich kaum jemand aufregte. Heute sind die jeweils neusten Arbeitslosenquoten meist nur noch eine Randschlagzeile wert und wenn sie jeweils ein wenig höher steigen, so kommt es zu einer ähnlichen Reaktion wie bei immer wieder gezeigter Gewalt im Krieg: Das ursprünglich Furchtbare findet Eingang in das Normale.

**Fazit also wörtlich: Hier findet eine Normalisierung der Armut statt.**

Der ebenfalls als „normal“ geltende „Sozialstaat“ hat eine ähnliche Umschreibung mitbekommen. Früher „Errungenschaft“ ist er heute eine „Fessel“, er ist kein wirtschaftliches Programm mehr, sondern eine Einstellung, die wirtschaftlich gefährlich sei. Wer sich immer nur in der „sozialen Hängematte“ ausruhe, sei nicht zu motivieren. Eigenverantwortung ist das Stichwort, das hier immer wieder fiel. „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“, so das neoliberale Credo, das uns aus dem Blätterwald entgegenklingt. Als „Fordern und Fördern“ ist dieses Bild in die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetzgebung eingeflossen, in der Wissenschaft ist es Konsens, von Eigenbeteiligungen zu sprechen, die dazu führen würden, dass hohe Risiken oder Leichtsinnigkeit (etwa im Versicherungswesen, aber auch

auf dem Arbeitsmarkt) von einzelnen vermieden würden.

**Fazit: Soziale Absicherung ist gefährlich für die („Volks“)Wirtschaft.**

Faulenzer und Schmarotzer gab es immer zu Hauf“, wenn es um soziale Sicherungen ging. Meistens sind es die wenigen „schwarzen Schafe“, gegen die es vorzugehen gilt, weil sie ja auf „unserer“ Tasche liegen würden. Wird argumentiert, dass dieses „Schmarotzertum“ herbeigeredet sei, wird immer auf Ausnahmen hingewiesen, bei denen das ja wirklich stimme. Der Verweis auf die „Ausnahme“ ist stets davon begleitet, dass dennoch dagegen angegangen werden müsse. Hier finden wir unseren „Florida-Rolf“ wieder. In Schröders kürzlich angebrachter Argumentation findet das Klischee der Ausnutzung eine andere Verwendung, es wird zum allgemeinen Vorwurf. Hier sind es nicht mehr die wenigen, faulen Ausnahmen, sondern alle sind potentiell verdächtig. Rentner werden zu alt, geben zu viel Geld aus und wollen ja auch gar nicht mehr arbeiten. Kinderlose tragen dazu bei, dass die Rentenkassen leer bleiben, Kinderreiche dagegen setzen potentielle Sozialhilfeempfänger in die Welt und verschleudern das ganze Kindergeld. Kranke fahren unberechtigterweise zu Kuren, Studierende studieren zu lang auf anderer Leute Kosten und werden dann doch nichts Gescheites, AsylbewerberInnen zahlen nichts in die Kassen, aber leben davon. Usw.

**Fazit: Alle beuten die sozialen Errungenschaften aus, Schuld sind immer die „anderen“.**

Die FAU hat sich oftmals als Gegner des DGB präsentiert, was auch nicht von ungefähr kommt, denn es handelt sich quasi um zwei Richtungsge-

werkschaften mit verschiedenen Ansätzen. Allerdings wird medienpolitisch, wenn es um Gewerkschaften geht, immer nur auf den DGB Bezug genommen, gemeint ist allerdings dennoch jedes gewerkschaftliche Engagement. Gewerkschaften sind in den Medien das Spießigste, was es überhaupt gibt. Sie bremsen („notwendige“) Reformen. Der Idealtypus der antigewerkschaftlichen Hetze findet sich in der Spiegel-Schlagzeile „Deutschlands Größte Bremsen“. Überhaupt, der Spiegel: Kaum eine Ausgabe ohne eine militant antigewerkschaftliche Hetze. Da kann der DGB auch machen was er will, er ist verantwortlich für attac, Montagsdemos und vor allem für die „Wahlalternative“. Es muß nur ein Befürworter dieser Themen oder Gruppen gefunden werden und schon wird sämtlicher Gewerkschaftsbewegung die entsprechende Position unterstellt. Michael Sommer und Konsorten können noch so oft der Agenda 2010 zustimmen: Sie sind die Blockierer. Genannt wird – vollkommen zu Unrecht, uns wäre es ja lieber wenn es stimmte – der DGB – gemeint ist jegliche Selbstorganisation der arbeitenden Klassen.

**Fazit: Engagement für die eigenen (Klassen)Interessen ist „Verrat“ am deutschen Staat – allerdings nur, wenn es sich um die Interessen der Ausgebeuteten handelt!**

Last but not least: Sozialabbau muß sein, nur „gerecht“ sollte es dabei zugehen. Wir leben in einem Staat von Gürtelengernschnallern und Geizgeilfindern. Egal wer eine andere Lösungsmöglichkeit vorschlägt, es sind Utopisten, sie argumentieren irrational, sind ideologisch verblendet. Was für den Kapitalismus allgemein gilt, gilt momentan für den Sozialabbau.

**Fazit aller Fazite: Es gibt keine Alternative!**

Diese vier Weisheiten werfen uns die Medien Tag für Tag um die Ohren, und das nicht erst, seit „Hartz“ auf der Agenda steht. Aber: Gerecht bleibt es, und sozial irgendwie auch. Was immer die Hartz-Gesetze auch bringen werden: Ca. 100.000 neue Erwerbslose, zahlreiche Menschen, die keinen Cent mehr irgendwo herbekommen, es war doch das beste so. Denn jetzt ist alles viel gerechter. Wer sich wirklich Mühe gibt, bekommt einen Job, wer wirklich arm dran ist und keine Chance mehr hat, darf in die kleine Hängematte, wer wirklich gar nichts mehr bekommt, ist selber schuld und hat den neuen Sozialstaat nicht verstanden. Denn: Dieser wird nicht abgebaut, er wird modernisiert, der neuen, globalisierten Welt angepasst. Und das alles hat ganz uneigennützig die große CDUFDSPDGrünen-PDS-Koalition uns gebracht, ganz uneigennützig, denn schließlich mussten sie mit erheblichen Wahleinbußen rechnen.

Es bleibt also alles ganz normal, die Normalität hat sich nur verändert. Das ist halt der „natürliche“ Gang der Dinge und die Betroffenen werden sich schon damit abfinden. Oder sollte es ausnahmsweise mal nicht so sein?

*[Dieser Artikel beruht größtenteils auf: Krefz, Ursula und Hans Uske: Die Normalisierung der Armut. In: DISS-Journal 12/2004. S.11 – 15.*

*Zum Weiterlesen: Uske, Hans: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit. Duisburg 1995.]*

# Vor den Hartz-Gesetzen sind alle Menschen gleich?

## Hartz IV und Flüchtlingspolitik

Viele – eigentlich alle – waren erschrocken angesichts der Wahlerfolge von NPD und DVU im Saarland, in Sachsen und in Brandenburg. Die beiden Parteien gefallen sich als Protestparteien, die auf ein rein „deutsches Volk“ und einen aggressiven Nationalismus setzen. Das wissen wir alle.

Aber damit nicht genug: Vleierorts versuchen die Anhänger des Nationalismus, die Proteste gegen die Hartz-Gesetze zu unterwandern. In Duisburg etwa traten bei einer Montagsdemonstration 40 Neonazis auf, die aber erfolgreich von der Demo verjagt werden konnten. Dieses Beispiel sollte Schule machen. Und es gilt nicht nur, sie körperlich von den Demonstrationen fernzuhalten, sondern sich auch von ihrer menschenverachtenden Ideologie freizumachen.

Die „Deutsche Stimme“, deren Chefredakteur der sächsische Spitzenkandidat der NPD, Holger Apfel, ist, schrieb in ihrer Septemerausgabe, „dieses System“ würde „trotz aller Sparzwänge Ausländer weiterhin großzügig finanzieren“. Aber das Gegenteil war bisher der Fall und durch Hartz IV wird diese Situation noch erheblich verschärft.

Unter anderem wenden sich die Hartz-Proteste gegen die sogenannten „Ein-Euro-Jobs“, und das vollkommen zu recht. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, daß es für andere Menschen längst normal ist, für solche Löhne zu arbeiten. Sowohl AsylbewerberInnen in sogenannten „Auffanglagern“ wie auch von der Abschiebung bedrohte Flüchtlinge arbeiten für diesen Preis. Zurecht bezeichnen die Gruppen, die zu einer Demonstration gegen den Abschiebeknast in Büren am

03. Oktober aufriefen, diesen als Billiglohnfabrik. Aber das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange: Bisher kann ein anerkannter Asylbewerber eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis beantragen und, wenn er denn einen versicherungspflichtigen Job bekommt, danach auch Arbeitslosenhilfe.

Paragraph 1 des Hartz IV-Gesetzes macht das unmöglich: Alle Personen, die unter das AsylbewerberInnenleistungsgesetz fallen – Bürgerkriegs-flüchtlinge, AsylbewerberInnen, Geduldete und sogenannte „vollziehbar Ausreisepflichtige“ -, haben keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II (ALG II). 30% weniger als ALG II vorsieht, werden die davon zur Zeit betroffenen 53.000 Flüchtlinge nach dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz bekommen.

Diese Leistungen werden, je nach Kommune, nicht mal bar ausgezahlt, sondern – wie in anderen Fällen heute schon üblich – den Betroffenen als Gutscheine oder Fresspakete ausgehändigt. Das macht notwendige Telefonate, Briefverkehr u.ä. unmöglich. Auch auf Fördermaßnahmen wie Fortbildungen und Wiedereingliederungshilfen haben Flüchtlinge und AsylbewerberInnen keinen Anspruch.

Eine der ekelhaftesten Auswirkungen von Hartz IV ergibt sich im Zusammenspiel mit



dem neuen Zuwanderungsgesetz: In vielen Fällen wird der Erwerb eines dauerhaften Aufenthaltstitels von der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts abhängig gemacht. Durch die Neuregelung wird künftig schon aufgrund bloß kurzfristiger Arbeitslosigkeit ein dauerhafter Aufenthalt verwehrt – bisher konnte man sechs Monate Arbeitslosenhilfe beziehen. Im Extremfall könnte sogar eine Ausweisung die Folge sein – wenn etwa der rechtliche Grund für einen befristeten Aufenthalt entfällt.

Hartz IV und die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD und der EU haben aber noch eine allgemeinere große Gemeinsamkeit, die nicht im Portemonnaie, sondern im Kopf spürbar wird: Sie sind ein fundamentaler Angriff auf die Würde des Einzelnen.

Zeigen wir sowohl den Neonazis wie auch der rassistischen und asozialen großen Koalition, daß wir uns NICHT in sogenannte „Inländer“ und sogenannte „Ausländer“ spalten lassen!

# Am Montag ging die Arbeit aus

Am 3.1.2005 Arbeitsagenturen und PSAs dichtmachen!

Die bundesweite Kampagne „Agenturschluß“ mobilisiert für die Besetzung der „Agenturen für Arbeit“ und der „Personalserviceagenturen“ am 03.01.2005

*Seit einiger Zeit kursiert auf Montagsdemonstrationen, in diversen alternativen Gazetten und im Internet ein Aufruf, der schlicht und einfach mit „Agenturschluß“ überschrieben ist.*

Entstanden ist dieser Aufruf in der Nachfolge des Wuppertaler Kongresses „Die Kosten rebellieren“ im Juni 2004, also noch vor den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Aufgerufen wird dazu, bundesweit die „Arbeitsagenturen“ und „Personalserviceagenturen“ (PSAs) am 03.01.2005 zu besetzen. Am 01.01.2005 tritt das Hartz IV genannte Gesetzpaket in Kraft und damit die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II). Der 03.01. ist der erste Werktag im neuen Jahr, ab diesem Tag wird also ALG II ausgezahlt, falls bis dahin die Softwareprobleme der Bundesagentur gelöst sind und die Agenturen nicht zu einer Übergangslösung greifen müssen.

Wie dem auch sei: Der 03.01. ist der erste Arbeitstag des neuen Jahres und damit der offizielle Startschuß zu einer neuen Qualität der Arbeitszwangs – obgleich einige Kommunen und Wohlfahrtsverbände gar nicht abwarten konnten und die sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ unter dem Namen „Gemeinwohlarbeit“ schon mal vorab eingeführt haben.

## Warum eine Besetzung?

Die aufrufenden Gruppen scheinen sich bewusst zu sein, daß Massen- und Montags-

demonstrationen nur einen symbolischen und medialen Charakter haben. Wenn Schröder, Köhler, Henkel, Hundt und Co vor diesen Demonstrationen tatsächlich Angst haben sollten, dann nur aus einem einzigen Grund: Weil sie – oftmals besser als die DemonstrantInnen selber – wissen, daß solche Demonstrationen eine „Macht“ – eine Handlungsmöglichkeit – aufzeigen, die auch zu anderem als zu bloßer symbolischer Politik taugt.

Montagsdemonstrationen sind schöne und gute Interessensbezeugungen und sie waren und sind notwendig, um die mediale Aufmerksamkeit auf die „Normalisierung der Armut“ zu lenken. Aber eines sollte uns bewusst sein: Solche Demonstrationen alleine haben noch nie irgendjemanden dazu bewegt, sein oder ihr Handeln radikal in die umgekehrte Richtung zu ändern. Ob ein bundesweiter „Agenturschluß“ dazu in der Lage ist, mag bis zum 03.01. erst mal ebenso fraglich bleiben; aber fraglich ist ja nun auch, ob es Sinn dieser oder ähnlicher Aktionen sein kann, die Gesinnung von Parteien und Polit- und GewerkschaftsfunktionärInnen zu ändern, oder ob es nicht um etwas ganz anderes gehen sollte.

## Die Aneignung der Arbeitsagenturen...

„Was konkret am 3. Januar 2005 in den ‚Arbeitsagenturen‘ und ‚PSAs‘ passieren wird, ist abhängig von den Menschen vor Ort, von ihrem Zorn und

von dem, was sie sich zutrauen.“ heißt es in dem Aufruf.

So wird vielleicht in der einen Stadt z.B. eine attac-Ortsgruppe eine rein symbolische Besetzung vornehmen und mit einem Transparent vor der Agentur stehen, um mal wieder in die Presse zu kommen; in der nächsten Stadt werden sich vielleicht Autonome spektakuläre Schlachten mit Hundertschaften der Polizei liefern, um in die Agenturen und PSAs zu kommen bzw. unbeschadet wieder hinaus (und damit auch in die Presse kommen).

Aber die Idee ist eigentlich eine andere. Der Aufruf weiter: „Unser Ziel ist es, uns in den Ämtern zu versammeln, den Betrieb lahm zu legen und dort zu protestieren und zu diskutieren.“

Würde es beim Agenturschluß nur um eine „Blockade“ gehen, die den dortigen Betrieb für einen Tag lahm legt, so wäre dies zum großen Teil immer noch eine symbolische Aktion. Sie würde den Verantwortlichen für die Agenda 2010 etwas deutlicher als die bisherigen Demonstrationen zeigen, daß sich so etwas ohne Widerstand nicht machen lässt, aber gewonnen wäre damit noch wenig.

Erwerbslose sind tendenziell vereinzelt, sie kennen sich untereinander meist nur, wenn sie gemeinsam z.B. in einer Erwerbsloseninitiative oder bei einer Erwerbslosenzeitung sozial engagiert oder politisch aktiv sind. Entsprechend griffen sie schon immer eher zu individuellen Lösungen für ihre Probleme: Flohmärkte, Schwarzarbeit, alternative Lebensstile, für die nur wenig Geld gebraucht wird usw.

Hartz I – IV verstärken diese allgemeine Tendenz noch: Dann gründet man halt schnell z.B.

eine Ich-AG oder nimmt den inhaltlich vielleicht attraktiven Ein-Euro-Job im Friedensladen oder im Umwelthaus an.

Der einzige Ort, wo Erwerbslose zusammenkommen, waren die Arbeitsämter und werden die Arbeitsagenturen sein. Anstatt aber, wie gewohnt, stumm mit den letzten Infos zu Hartz IV und seinen/ihren letzten ausgefüllten Papieren im Agenturflur zu sitzen, könnte die Agentur ein Ort des Austauschs sein: Mal die Thermoskanne mit dem Kaffee auspacken und ein paar Becher austeilen, sich gegenseitig die kleinen und großen Probleme des Erwerbslosenalltags erzählen und Tipps und Tricks austauschen.

In diesem Sinne gilt es auch, den Agenturschluß konstruktiv und kreativ zu nutzen. Brötchen, Kaffee, Tee und Kuchen sind eine gute Idee, noch besser aber sind Wandzeitungen und Filzstifte. Vielleicht nur, damit sich jedeR mal auskotzen kann, vielleicht aber auch, um Arbeitsgruppen zu organisieren, die an diesem Tag in der Agentur diskutieren, aber auch danach weiter arbeiten: Arbeitsgruppen zum Umgang mit Anträgen, mit Schikanen, wie auch Arbeitsgruppen, die sich überlegen, wie denn der Widerstand gegen die Agenda 2010 weitergehen kann.

## ... und die Selbstermächtigung der Erwerbslosen

Denn eins ist klar: Der 03.01.2005 ist erst der Anfang und die Agenda 2010 noch lange nicht abgearbeitet.

Wie wäre es denn da z.B. mit einer basisdemokratischen Vollversammlung aller Erwerbslosen der Stadt? Nicht nur die Aktiven in Arbeitsgruppen sollten sich versammeln,

sondern alle Betroffenen. Eine solche müsste allerdings von Erwerbsloseninitiativen einberufen werden – es würde wohl etwas lächerlich wirken, wenn die Erwerbstätigen oder Studierenden einer Wahlalternative, von attac oder der FAU (wenn diese nicht gerade vor Ort ein Arbeitslosensyndikat hat) eine solche Versammlung einberufen würden.

Das Ergebnis einer solchen Vollversammlung ist wohl offen und was dabei herkommt, muß keineswegs unbedingt im Sinne einer „linken“ Szene oder Bewegung sein. Aber ein mögliches Ergebnis wäre z.B. die Bildung von Erwerbslosenräten. Antonín Dick hat diesen Vorschlag schon vor Jahren eingebracht und ihn angesichts der Agenda 2010-Proteste aktualisiert. Bei ihm sind es die „Arbeitslosenräte“, die quasi als „Betriebsräte“ der Erwerbslosen fungieren sollen, und an der Idee ist durchaus Gutes: Die Arbeitslosenräte sollen die Einhaltung der Menschenrechte garantieren, „Schutzbedürftige“, also z.B. behinderte Menschen und Erwerbslose ohne deutschen Pass „integrieren“, konfliktlösend tätig sein und die Selbstbestimmung der Erwerbslosen vorantreiben. Sie sollen aber laut Dick auch „gewählte Organe der Gewerkschaften“ sein und „Mitwirkungsrechte“ haben.

Bei diesem Aspekt stellt sich die Frage, ob sich Arbeitslosenräte damit nicht ähnlich den Betriebsräten zu Erfüllungshelfern der Arbeitsagenturen machen würden.

Warum denn nicht, anstatt „gewählter Organe der Gewerkschaften ein direktdemokratisches Rätemodell einführen, „Erwerbslosenräte“ von Vollversammlungen wählen lassen und sie mit einem imperativen Mandat ausstatten?

Etwa angelehnt an Konzepte von britischen Erwerbslosen aus den 80er Jahren: Erwerbslosenräte könnten Kampagnen (z.B. gegen Sozialschnüffelei

im Rahmen von Hartz IV) durchführen, sie könnten für die Rechte der 1-Euro-JobberInnen kämpfen, die ja auch nach wie vor Erwerbslose sind, denen eine „Arbeitsgelegenheit“ aufgezwungen wurde. Für diese sind damit - abgesehen vom Gesundheitsschutz - sämtliche Arbeitsrechte nicht gültig. Sie können z.B. schlechterdings nicht streiken, denn das würde sofort zur Kürzung oder Streichung des ALG II führen. Ganz nebenbei hebt diese neue Form der Zwangsarbeit auch das ohnehin schon mager Streikrecht als Ganzes aus, denn wie sollen Arbeitnehmer einen Streik für einen Lohn von z.B. fünf Euro vor der Öffentlichkeit und in den Medien erklären, wenn andere nicht mal für zwei Euro streiken dürfen? Und nicht zuletzt könnten Erwerbslosenräte für den Austausch mit den Angestellten der Agenturen sorgen.

### **Die Rolle der Agenturangestellten**

Ein Aufruf wie der zum „Agenturschluß“ kann nicht in die Öffentlichkeit gelangen, ohne daß es zu entsprechenden Reaktionen käme, darunter auch Anschwärmungen der Kampagne. Die Gewerkschaft der Polizei warnte etwa recht schnell davor, daß die Situation in den Agenturen Anfang Januar sehr explosiv sein könnte, verschiedene Behörden haben bereits Polizeischutz beantragt oder private Sicherheitsdienste angestellt. Sachsen-Anhalts Landesvorsitzender des Bundesdeutscher Kriminalbeamter, Hanno Schulz, warnte vor „Nötigungshandlungen, Bombendrohungen, Gewalteskalationen.“ Auch Handelsblatt und Netzzeitung berichteten ähnlich und bezogen sich dabei ganz direkt auf die Agenturschluß-Kampagne.

Das war soweit zu erwarten. Doch auch von Gewerkschaftsseite, etwa vom ver.di-Vorsitzenden Bsirske und selbst

von hartz-kritischen LinksgewerkschafterInnen kommt keine Zustimmung. Die Funktionärschicht von ver.di scheint zu glauben, daß diese Aktion gegen Gewerkschaftsmitglieder – jene, die in den Agenturen arbeiten – gerichtet sei und will diese „schützen“. Die „bösen Autonomen“ und „wütenden Arbeitslosen“ könnten diese Mitglieder ja angreifen...

Als Antwort auf diese Ein- und Vorwürfe noch mal ein Zitat aus dem Aufruf: „Dabei können die Beschäftigten der Arbeitsämter mit einbezogen werden.“ Sie „können“ nicht nur, sie „sollten“ sogar, denn Hartz ist auch ein manifester Angriff auf ihre Verhältnisse: „Hartz I – III haben die 180 Arbeitsämter und Agenturen und die Landesarbeitsämter in Regionaldirektionen verwandelt, sie haben Zuständigkeiten, Strukturen und Entscheidungskompetenzen geändert. Nun werden viele Agenturen für Hartz IV umgebaut [...]. [N]iemand weiß, wo er/sie in den nächsten Monaten arbeiten wird.“ Agenturangestellte sind also ganz direkt von Hartz IV betroffen und außerdem: Mit dem steigenden Zwang, Repressionen auszuüben, wird ihr Job wahrlich unzumutbar.

Ohne davon abzusehen, einzelne Schikanen zu benennen

wie auch die Namen jener, die sie ausführen, sollte u.a. am 03. Januar ein Dialog mit den Angestellten geführt bzw. begonnen werden. Und das führt genau zu dem Gegenteil der Befürchtungen von Polizei und Gewerkschaften: Wenn der Erwerbslose Heinz weiß, daß Agenturangestellter Hermann Frau und drei Kinder hat, wird er das nächste Mal sicherlich nicht mit dem Messer in der Hinterhand zur Agentur kommen. Und wenn Hermann weiß, daß Heinz' Kinder hier gerade mit Ach und Krach einen Kindergartenplatz gefunden haben und ihrer ersten Freundschaften schließen, dann überlegt er sich vielleicht noch einmal mehr, ob er es für sinnig hält, die Familie zum Umzug zu zwingen.

Wenn es am 03. Januar zu Erwerbslosenvollversammlungen kommt, warum dann nicht auch zu Vollversammlungen der Agenturangestellten, die ihre Rolle in der Kontrollmaschine der Agenda 2010 thematisieren könnten?

Auf diese Weise könnten Erwerbslose und Angestellte der Agenturen im besten Fall Anfang Januar 2005 zu einer Strategie kommen, die die Agenda 2010 wahrhaftig erstmals ernsthaft zum Wanken bringen könnte.



# AGENTURSCHLUSS

»Arbeitsagenturen« am 3. Januar 2005 lahmlegen!

Mehr Informationen unter [www.labournet.de/agenturschluss](http://www.labournet.de/agenturschluss)

# Arbeitslosengeld II-Anträge verzögern!

Vor dem 6.12.2004 läuft nichts!

Es besteht die realistische Chance, dass die Umsetzung von Hartz IV zum 1. Januar kippt und sich um Monate verzögert. Das wäre ein kleiner Sieg für uns und eine erste Schlappe für die Strategen der Armutsverwaltung. Dafür würde es reichen, wenn viele Leistungsberechtigte ihre Formulare erst Anfang Dezember 2004 abgeben.

Die Agenturen für Arbeit pfeifen jetzt schon aus dem letzten Loch, die Mitarbeiter sind unmotiviert, schlecht eingearbeitet, die Computerprogramme funktionieren nicht. Ein kleiner Tritt noch und der tönernen Riese fällt auf die Schnauze.

Die internen „Leitlinien der Bundesagentur“ geben an: „Alle Zahlungen müssen bis zum 10. Dezember 2004 angewiesen werden, ggf. erfolgen Abschlagszahlungen für vollständige, noch nicht bearbeitete Anträge!“. Ab dem 1. Januar 2005 müssen für unmittelbar Bedürftige Bargeld und Schecks bereitgehalten werden.

Die „Westdeutsche Zeitung“ meldete, dass die Bundesregierung im Oktober prüfen wolle, ob das „Hartz IV-Gesetz“ pünktlich in Kraft treten könne.

Um die Anträge einzutreiben, schicken uns die Arbeitsagenturen persönliche Termine, bei denen wir unsere Formulare abgeben sollen. Diese Termine sind für die Abgabe der Anträge keineswegs bindend. Wenn die Vorladung sich ausschließlich auf das Ausfüllen oder die Abgabe der ALG II Anträge bezieht, braucht ihr nicht hingehen.

Falls das Scheitern für den Termin auch andere Gründe nennt (z.B. Berufsberatung, Vermittlung), es missverständlich klingt, oder ihr unsicher seid, solltet ihr hingehen (Mitwirkungspflicht nach §309 SGB III), könnt aber immer

sagen, dass ihr den Antrag noch nicht abgeben wollt, weil ihr euch noch ausführlich informieren müsst.

Lasst euch nicht ins Bockshorn jagen von der Androhung, wir könnten 2005 ohne Geld dastehen, wenn wir die Anträge später abgeben.

Wir müssen offensiver an die Sache heran gehen: Wenn eine(r) von uns im Januar oder Februar 2005 tatsächlich ohne Geld dastehen sollte, dann kracht es richtig.

Dann werden wir gemeinsam so lange in den Amtsfloren sitzen, bis die Schecks, Abschlagszahlungen oder sonstiges bar in unsere Hände wandern. Dieses Szenario wird sich Rot-Grün ersparen wollen. Also: Mitmachen, Antrag verzögern und weitersagen!

## Rechtliches

### I. Wie müssen die Anträge gestellt werden?

Laut Begleitschreiben zum Antragsformular ist der Anspruch auf Leistungen gesichert, wenn der Antrag am 1. Werktag im Januar 2005, also am 03.01.2005 abgegeben wird. „Der Antrag ist an keine Form gebunden, Sie können ihn also schriftlich, telefonisch oder auch persönlich stellen. Die erforderlichen Unterlagen müssen Sie aber in jedem Fall noch nachreichen.“ (Bundesagentur für Arbeit; Wichtige Hinweise..., 13. Juni 2004) Achtung: Zeugen nicht

vergessen!

Ein Termin beim Fallmanager ist nicht nötig.

## II. Vorladungen der Arbeitsagentur

Es besteht eine allgemeine Meldepflicht. Man muss also zur Arbeitsagentur gehen, wenn man eingeladen wird. Es sei denn, die Einladung bezieht sich tatsächlich ausschließlich auf die Abgabe des ALG II-Antrages.

Sobald man sich unsicher ist, sollte man aber hingehen, weil die Agentur für Arbeit (AA) die Einladung zur Abgabe der Anträge auch gerne mit einem Termin zur Vermittlung in Ausbildung und Arbeit verbindet.

**Zur Abgabe des Antrages kann man jedoch nicht gezwungen werden. Auch wenn die Mitarbeiter/innen der Agentur versuchen, uns mit mehr oder weniger sanftem Druck dazu zu drängen.**

## III. Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit

Die Pressesprecherin der Bundesagentur für Arbeit, Ilona Mirtschin sagte selber im Interview mit dem MDR, dass es „rechtlich keine Grundlage dafür gibt, dass die Arbeitslosen jetzt schon ihre Anträge abgeben müssen.“ (Im Internet zu finden unter: <http://www.mdr.de/nachrichten/reformen/1590833.html>).

## IV. Hintergrund: Es gibt keinen Zwang zur Beantragung von Sozialleistungen!

Wenn das ALG II oder die aktuelle Leistung (Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe) trotzdem gestrichen/gekürzt wird, weil ihr den Antrag für ALG II noch nicht abgegeben habt, sofort Widerspruch gegen den Bescheid einlegen! Für

solche Sanktionen gibt es keine rechtliche Grundlage.

Nach der Rechtslage reicht der 1. Januar 2005 für die Abgabe aus, um den Anspruch zu wahren. Wir schlagen für die Abgabe der ALG II Anträge einen etwas früheren Termin vor: um den 6. Dezember 2004. Dann haben wir zur Sicherheit noch zweieinhalb Wochen.

## Wir sind... Klasse!

„Klassenkampf“ ist ein Begriff, der hierzulande nicht benutzt werden sollte. Tut jemand es doch, ist er/sie entweder ein Spinner oder ein gefährlicher „Rattenfänger“.

Und das gilt nicht nur für den Begriff des *Klassenkampfes*, es reicht schon, das Wort „Klasse“ in den Mund zu nehmen, um sich zu disqualifizieren.

Spätestens seit Ende der 80er Jahre hat es sich durchgesetzt, die Klassenzugehörigkeit nicht mehr wichtig zu finden. Bei WissenschaftlerInnen ist vom „Ende der Klassengesellschaft“ die Rede.

Dieser Trend ist global zu beobachten, aber im deutschsprachigen Raum scheinbar besonders weit fortgeschritten. In Großbritannien z.B. scheuen sich auch die Liberalen nicht, von „Class“ zu sprechen.

„Klasse“ oder gar „Klassenkampf“ das riecht nach Kommunismus, nach Karl

Marx, nach DDR und UdSSR. Damit will man hier nichts zu tun haben.

Dabei wimmelt das Thema „soziale Gerechtigkeit“ von Anspielungen, die bewusst machen, dass hier ein Kampf vonstatten geht. Da ist von „Bündnissen“ (für Arbeit) oder vom „sozialen Frieden“/ „soziale Friedenspflicht“ die Rede. Scheinbar gibt es doch Menschen mit verschiedenen Ansprüchen oder sogar Notwendigkeiten, die so unterschiedlich sind, dass die Durchsetzung dieser Interessen zu Konflikten führen muss. Da das aber nicht Klassenkampf genannt werden darf, müssen andere Erklärungsmuster her.

Die „sozialdemokratische“ Agenda 2010 und in ihnen die sogenannte „Hartz“-Gesetzgebung sind nichts anderes als ein Akt des Klassenkampfes von oben, dem also ein Klassenkampf von unten entgegenzusetzen wäre. Weil aber Schröder, Clement und Konsorten die Rede über Klassenkämpfe längst selber eingestellt haben und für alle anderen diskreditiert haben, machen sich Freunde und GegnerInnen der sozialen Deformen auf der Suche nach anderen Argumenten... – und landen beim Volk.

Für eine Regierungspartei, egal welcher politischen Couleur, scheint die Anwendung dieses Argumentationsmusters noch einigermaßen nachvollziehbar zu sein: Die Regierung sei ja schließlich dazu da, es allen – dem „Volk“ - recht zu machen. Die Agenda 2010 und die „Hartz“-Gesetze, seien alternativlos und nun müsste man eben für alle das Beste daraus machen.

Ein großer Teil der GegnerInnen steigt auf genau diese Argumentation ein, denn sie wollen ja von der „Politik“, von jenen, die zu entscheiden haben, ernst genommen werden und nicht als Spinner abgestempelt. Sie seien also schließlich dieses „Volk“, um das es da

gehe, ihnen nützen diese Gesetze nichts sondern schaden ihnen ganz im Gegenteil und also sei das Ganze ungerecht und gegen das ganze „Volk“. Wahlweise auch gegen das eine Volk, nämlich jenes, das in Ost- und Westdeutschland ein Ganzes darstelle.



Diese Argumentation öffnet Nationalen und Nationalisten das Tor zu den sozialen Protesten. „Volk“ verstehen die Protestierenden zwar als „die Masse der einfachen Menschen in diesem Land“, aber damit ist schon ein Auschlusskriterium genannt: Es ginge um die Menschen in diesem Land. Zweitens bedeutet „Volk“ in der BRD immer noch etwas anderes, als wenn z.B. ein Spanier oder eine Mexikanerin „pueblo“ sagt. In dem „pueblo“ ist der Widerstand der ausgebeuteten Klassen klar Bestandteil des Begriffs, während das deutsche „Volk“ eben genau das ist: Das *deutsche* Volk. Es beschreibt ein spezifisch deutsches Konzept der Bevölkerung, die eine Gemeinschaft mit engen gefühlsmäßigen Banden darstellt. Es legt eine *Volksgemeinschaft* nahe, in der man „keine Parteien“ mehr kennt (Kaiser Wilhelm II.) und eben auch keine Klassen mehr. Man hat sich miteinander verschworen und zwar gegen alles, was von außen kommt. Durch die „Wende“, den Anschluß der DDR an die BRD wurde dieses Volkskonzept noch einmal unterstrichen und dieses Konzept klingt in der Parole „Wir sind ein Volk!“ noch mehr heraus als in „Wir sind *das* Volk!“ Zweiteres versucht noch, nach oben

abzugrenzen, einmal gegen jene, die bis 1989 „im Namen des Volkes“ ein diktatorisches Regime aufrechterhalten haben, heute gegen die, die unsoziale Gesetze beschließen. „Wir sind ein Volk!“ soll in der aktuellen

Diskussion heißen, „Wir lassen uns nicht in Ossi und Wessi spalten.“, wie Schröder, Köhler und andere es gerne nahe legen. Es legt jedoch damit auch nahe, dass es zu dieser „Einigkeit“ ein außen geben muß, mit dem sich das selbst ernannte Volk vergleicht, sich davon abgrenzt und das irgendwie anders behandelt werden muß. Und diese andere Behandlung ist schon nichts anderes mehr als Nationalismus.

Damit soll keineswegs behauptet werden, die MontagsdemonstrantInnen seien völkisch, aber da diese Bedeutungen immer mitschwingen – auch wenn sie nicht so gemeint sind – können sie unabsichtlich - und von einigen auch absichtlich – so (miß)verstanden werden.

Die Härten der Agenda 2010 treffen aber gar nicht dieses ganze, herbeihalluzinierte „Volk“. Es trifft die sozial Schwachen, jene die Angst haben, noch weiter abzustiegen, einschließlich allerdings auch großer Teile einer Mittelschicht, die ungelerten Arbeitenden, die Erwerbslosen: Die unteren Klassen also, auch wenn diese mittlerweile recht hohe Klassenzugehörigkeiten mit einschließt. Wenn es darum ginge, „das Volk“ oder „ein Volk“

zu sein, dann ginge es darum, den „Standort Deutschland“ zu retten und dieses Deutschland wirtschaftlich am kacken zu halten. Damit wäre zumindest „Hartz IV“ im Ganzen zwar immer noch blödsinnig, aber die Aufkündigung von Tarifverträgen, die Reduzierung von Sozial- und Arbeitslosengeld u.ä. wäre nur konsequent. Genau das wird Schröder in zwei Jahren sagen, wenn die Hartz-Gesetze nicht ins komplette Chaos geführt haben: „Es war doch das Beste für das ganze deutsche Volk – und wir haben es durchgesetzt, obwohl wir befürchten mussten, dass ihr uns dann nicht mehr wählt.“ Also wieder: „Ich kenne keine Parteien mehr“ – und ein „Schaut mal, wir sind die Experten, wir wissen es ja doch besser – darum sind wir die Politiker und ihr nicht.“ – Selbst wenn es, wie zu erwarten ist, dann mindestens 100.000 Arbeitslose mehr gibt, eine große Anzahl von LebensgefährtenInnen, WG-MitbewohnerInnen, Kindern und sonst wer komplett aus dem „sozialen“ Netz gefallen ist – die Kunst der Politik ist es, die positiven Zahlen zu nennen. Die SPD rettet – ganz uneigennützig – die BRD und das deutsche Volk. Leider müssen die Menschen die hier wohnen, welchen Pass sie auch immer haben, dafür mal wieder den Gürtel enger schnallen. Und zwar egal, wie hoch das Brutto-sozialprodukt steigt.

Die Agenda 2010 ist nichts anderes als die Betonung und Unterstreichung des bereits bestehenden Klassengegensatzes. Wir kennen das Bild: Die Schere zwischen arm und reich klappt noch weiter auseinander. Wer sich da auf das „(deutsche) Volk“ beruft, der macht gleich, was nicht gleich ist und auch nicht gleich sein soll. Und hilft damit sowohl der rechtsextremistischen NPD oder DVU wie auch der rechtsliberalen rot-grünen Regierung auf die Sprünge.



## AGENDA 2010

### DER HERBST WIRD HEISS!

#### 14.11.: Agenturschluß-Brunch

Ist ein Agenturschluß in Münster möglich? Und wenn, dann wie?

12.00 Uhr, MALTA, Achtermannstr. 10 – 12

#### 17.11.: Die Menschenwürde wird zu Grabe tragen

Trauermarsch zur Arbeitsagentur Wolbecker Straße

Es ruft auf: Bündnis Besser Leben

17.00 Uhr, Prinzipalmarkt

#### 2.12.: Dead Men Working

Buchvorstellung der Gruppe Krisis

Veranstaltet vom Bündnis Besser Leben, Unrast-Verlag und dem Uni-AStA

20.00 Uhr, Frauenstraße 24

#### 3.12.: Dead Men Break Fast

Frühstück mit Autoren des Buches "Dead Men Working"

Veranstaltet vom Bündnis Besser Leben, Unrast-Verlag und dem Uni-AStA

10.00 Uhr, Baracke, Scharnhorststr. 100

#### 6.12. Heute kommt der Nikolaus

Frühester, aber bestimmt nicht einziger Termin, um die ALG II-Anträge in der Wolbecker Straße oder im Nevinghoff abzugeben...

#### 3.1.2005: Agenturschluß in Münster !?

### Der letzte amtierende Stalinist verlängert Amtszeit auf Lebenszeit

Mit der Wahl am Sonntag, den 15.10. hat der amtierende weissrussische Präsident Wladimir Lukaschenko, die Möglichkeit geschaffen, seine Amtszeit bis zu seinem Lebensende fortzuführen. Der bereits seit 10 Jahren im Amt Waltende und Wütende hatte ein Referendum aufgestellt, nach dem dies in Zukunft möglich wäre. Das Referendum wurde mit einer absoluten Mehrheit bestätigt. Dabei meldeten internationale WahlbeobachterInnen und Oppositionelle starke Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlverfahrens an. So wurde auf WählerInnen massiver sozialer Druck ausgeübt.

75 % der Wahlwerbung, welche über die aktuellen Medien Weissrusslands liefen, waren Werbeblöcke Lukaschenkos. Die Opposition fand kaum mediale Beachtung. Zu dem wurden kurz vor der Wahl

verschiedene Oppositionelle aus zweifelhaften Gründen vorübergehend verhaftet.

Nichts Neues in einem Land, in dem regelmäßig Gegner des Lukaschenkos Regimes verschwinden, Proteste gewalttätig niedergeschlagen werden und in dem die Medien im Wesentlichen gleichgeschaltet sind. So wurde z.B. im Jahr 2003 die anarchistische Satirezeitung „Navinki“ verboten, weil sie den Präsidenten verunglimpft hätten. Viele Oppositionelle denken jetzt über eine Exilexistenz in Russland nach, um den Repressionen im eigenen Land zu entfliehen. Zur Zeit stattfindene Demonstrationen, an welchen vor all Dingen StudentInnen beteiligt sind, werden gewalttätig aufgelöst. Zwei unabhängige Fernseheteams wurden brutal zusammen geknuppelt. In Gewahrsam genommene DemonstrantInnen bekamen bis zu 15 Tagen Haft. Der Westen droht dem ohnehin schon weitestgehend isolierten Weissrussland mit Sanktionen. Wie diese aussehen werden, ist noch unklar.

